

AICGS Transatlantic Perspectives

December 2009

Der 9. November 1989 - Eine Erinnerung aus frauenpolitischer Sicht

By Eva Maleck-Lewy

Welche Folgen hatte die Wende 1989 für die ostdeutsche Frauenbewegung?

Was für Probleme gibt es heutzutage für Frauen in Deutschland?

Der Fall der Mauer war sicher für alle Ostdeutschen das wichtigste Ereignis der deutschen Nachkriegsgeschichte. 2009, zwanzig Jahre später, wurde dieser historische Moment groß und offiziell als Fest der Freiheit am Brandenburger Tor gefeiert. Geladen waren auch Vertreter der Bürgerbewegungen. Interessant waren die Erinnerungen, die die damals Beteiligten vortrugen. Ich selbst konnte bei Betrachtung der diversen Übertragungen im Fernsehen keine der Aktivistinnen der Frauenbewegung aus der Wendezeit auf dem Bildschirm ausfindig machen. Lassen sich mich deshalb über meine Erfahrungen und die Frauenbewegung der Wendezeit hier berichten.

An den 9. November 1989 und den Abend der Maueröffnung habe ich nur unklare Erinnerungen. Ich war am Abend zu Hause und brachte mein beiden Jungen, damals 14 und 8 Jahre alt zu Bett, dann das übliche Ritual mit Aufräumen und Vorbereiten des nächsten Arbeitstages. Spät kam mein Mann nach Hause, wir sahen Fernsehen. Die offiziellen Nachrichten und dann später noch einmal das unglaubliche Ereignis der Maueröffnung, der Jubel der Menschen, als sie Westberliner Boden betraten. Was bedeutete dieses Ereignis, warum jetzt und so plötzlich die Maueröffnung? An diesem Abend erklärte ich mir die Maueröffnung auf verschiedene Weise. Dass das baldige Ende der Teilung Deutschlands in zwei deutsche Staaten und das Ende der Teilung der Welt in zwei große politische Blöcke so schnell kommen würde, ahnte ich nicht.

Erinnere ich mich an die Zeit der Wende, wie es zur Maueröffnung kam und später an die Prozesse bis hin zur Einheit, fallen mir ganz bestimmte Ereignisse ein, die mit meinem Engagement und den Aktivitäten von Frauen in dieser Zeit eng verbunden sind. Von diesen will ich hier berichten und von dem, was nur all zu oft im heutigen Politikbetrieb vergessen wird, dem basisdemokratischen Engagement der Frauen der DDR und ihren Aktivitäten, dem zähen Ringen um Einfluss auf den Lauf der politischen Ereignisse.

Das historische Geschehen vom Sommer und Herbst 1989 sind bekannt. Ich möchte hier nur noch mal an ein Ereignis erinnern, das nach den Montagsdemonstrationen in Leipzig und anderswo die Situation ein für allemal veränderte: Das war die große Demonstration vom 4. November 1989 in Berlin. Als sich auf dem Alexanderplatz nach dem Aufruf von Kulturschaffenden 500.000 Menschen versammelten und Demokratie, freiheitliche Rechte und Reformen forderten, war klar: diese Bewegung ist nicht mehr zu stoppen. Und erstmals waren auch Mitglieder der SED und des Establishments in aller Öffentlichkeit mit unter den Kritikern. Bemerkenswert die Auftritte von Gregor Gysi, Lothar Bisky und Markus Wolf, dem Chef der Abteilung Auslandsaufklärung der Staatssicherheit der DDR. Auch sie forderten die Demokratisierung des Sozialismus. Brauchte es ein deutlicheres Indiz dafür, dass nichts mehr politisch so weiter gehen konnte wie bisher?

Allerdings wurden die Signale unterschiedlich interpretiert. Von den einen, dass das nun endlich die Chance sei, die politischen Verhältnisse zu erneuern und über Demokratie und Mitbestimmung eine offene freiheitlich-demokratische Gesellschaft zu schaffen. Und von der anderen Seite her die Stimmung und der Druck, dass die DDR am Ende ist, man endlich „raus“ wollte aus dem Land und das Gefühl loswerden wollte, für sein ganzes Leben „in

der DDR eingesperrt“ zu sein.

In meinen Kontext wesentlich ist, dass bei dieser Demonstration am 4. November 1989 in Berlin erstmals öffentlich Forderungen von Frauen sichtbar wurden. Die Frauen waren sowieso in allen Fraktionen und politischen Bewegungen aktiv. Das war auf den Straßen sichtbar, sie waren wie selbstverständlich da. Aber eigene Forderungen stellen, die auf die Benachteiligung als Geschlecht in der Gesellschaft aufmerksam machten, das gab es bis dahin in der Öffentlichkeit nicht. Plakate mit Forderungen wie „Wir vertreten unsere Interessen selbst“ und „Neue Frauen braucht das Land“ signalisierten bei der Demonstration auf dem Alexanderplatz den Umschwung in der Stimmung unter Frauen.

Spätestens mit der Übertragung dieser Demonstration befreiten sich auch die DDR-Medien, Fernsehen, Rundfunk und Presse vom Zwang der Zensur. Es begann die Zeit der großen öffentlichen Diskussionen. Und so erschien bereits am 6. November in der einzigen DDR – Frauenzeitschrift ein Artikel der führenden Frauenforscherinnen der DDR unter der bezeichnenden Überschrift „Geht die Erneuerung an uns Frauen vorbei?“ Zu Beginn des Textes wird konstatiert, dass es kein öffentliches Bewusstsein über die reale Lage der Frauen und ihres weitgehenden Ausschlusses aus den wichtigen Entscheidungsgremien der staatlichen, wirtschaftlichen und politischen Macht gibt. Wirkliche Reformen und Demokratie kann es jedoch nur geben, so die Autorinnen, wenn die Interessen der Hälfte der Bevölkerung wahrgenommen und auch von den Frauen selbst vertreten werden können. Deshalb wurden nun politische Forderungen an die Führung der DDR im Interesse von Frauen für Frauen gestellt und konkrete Maßnahmen sowie eine paritätische Vertretung (Quotierung) von Männern und Frauen für alle Funktionen im Staat und in der Politik auf allen Ebenen gefordert.

Am dem Tag, dem 6. November, als der Artikel erschien, war zu einer großen Demonstration vor dem Machtsitz der politischen Führung (heute befindet sich hier das Außenministerium der Bundesrepublik) aufgerufen. Drinnen, im mächtigen Zentralkomitee-Gebäude, tagte die Macht, draußen diskutierten vor unübersehbarem Publikum diejenigen, die glaubten, dass das Land noch reformierbar sei und dass Freiheit, Demokratie und Sozialismus erstmals auf deutschem Boden zusammengebracht werden könnten. Redner für Redner trat auf, abstrakte Gesellschaftsmodelle wurden diskutiert. Doch keine Frau trat ans Podium.

Ich war zu dieser Demonstration gegangen, weil ich hoffte, dass auch meine Probleme hier angesprochen würden. Wo waren die Frauen? Sollte es wieder geschehen, dass Männer abstrakt diskutierten und die Probleme der Frauen außen vor blieben? Hatten wir dafür diskutiert, gestritten, uns durch den Berg von Freiheits- und Frauenliteratur gekämpft? Hieß es nicht schon in der deutschen Frauenbewegung des 19. Jahrhunderts „es werden die vergessen sein, die an sich selbst zu denken vergaßen“? Und so geschah es ungeplant und doch nicht zufällig, dass ich beschloss, das Mikrofon zu nehmen und zu sprechen. Inhaltlich habe ich die Forderungen der Frauenforscherinnen vorgebracht, gerechte Teilhabe von Frauen an der Macht und Selbstbestimmung. Und so wendete ich mich am Ende meiner Rede direkt an die Frauen auf dem Platz: Ist es nicht an der Zeit, dass wir Frauen selbst endlich öffentlich sagen, was Ungerechtigkeit und Unmündigkeit bedeuten? „Wollt ihr es zulassen, dass wieder andere über unser Schicksal bestimmen?“ Und unerwartet für mich selbst scholl es laut vom Platz zurück: Nein!

Ohne Frauen ist kein Staat zu machen

Auf die Demonstrationen folgten von Seiten der offiziellen Politik hilflose Veränderungen in der politischen Führung des Staates. Das Diktat des Handelns wurde von der Straße bestimmt.

Im Ergebnis kam es zur Öffnung der Grenze am Abend des 9. November 1989. Damit war eine wichtige, wenn auch nur erste Forderung der Bürgerbewegungen erfüllt: Reisefreiheit.

Wie sollte es jedoch im Land weitergehen? Auf diese Frage versuchten die unterschiedlichsten Gruppierungen eine Antwort zu geben. So auch die Frauen.

Am 3. Dezember 1989 versammelten sich in einem der größten Theater Ostberlins ca. 1.200

Frauen, darunter auch ich selbst. Dieses Ereignis gilt als die inoffizielle Gründungsveranstaltung der Frauenbewegung Ostdeutschland. Aufgerufen hatte ein Initiativkomitee zur Gründung eines unabhängigen Frauenverbandes. Ziel des Treffens war es, dass sich die unterschiedlichen Frauengruppen und Initiativen kennen lernten, um sich zu koordinieren und eine eigene Interessenvertretung zu schaffen. Man wollte bei allen wichtigen politischen und ökonomischen Entscheidungen mitreden, um eine „Verschlechterung der sozialen Lage von Frauen“ zu verhindern und einer „erneuten Ausgrenzung“ von Fraueninteressen im Prozess der Demokratisierung des Landes entgegenzutreten.

Es schien wie ein Wunder, plötzlich gab es auch im Osten eine Frauenbewegung. Und diese war immens erfolgreich. Ihre beiden Losungen waren einfach, klar und richtig. Die eine, Neues fordernd, lautete „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“. Und die andere Losung des Verbandes, „Wer sich nicht wehrt, kommt an den Herd“, war der Aufruf, „Errungenschaften“ aus der Geschichte der DDR-Frauen (kostenlose Kinderbetreuung, Berufstätigkeit von Frauen ect.) und das Recht auf Selbstbestimmung zu verteidigen.

So utopisch das „Manifest“ des Treffens am 3. Dezember war, so realistisch waren die Beschreibungen der Erfahrungen der Frauen. Mit dem wenig später gegründeten Unabhängigen Frauenverband wurde in kürzester Zeit und unter immensem Druck ein Instrument gefunden, um im Transformationsprozess der DDR tatsächlich Fraueninteressen in den politischen Prozess einzubringen. Dieser Prozess hin zu einer relevanten Bewegung ist in der Literatur und zahlreichen Artikeln von mir, aber auch und vor allem von amerikanischen Autorinnen später beschrieben worden. So entstand eine effektive Fraueninfrastruktur mit bezahlten Stellen, die Frauen saßen am Zentralen Runden Tisch, in wichtigen staatlichen Gremien, bekamen eine eigene Ministerin in der Übergangsregierung, schrieben die programmatischen Papiere dieser Zeit (Verfassungsentwurf und die Sozialcharta) mit.

Mit den ersten freien Wahlen in der DDR im Frühjahr 1990 verloren alle Bürgerbewegungen des Ostens ihre Funktion, die sie im Transformationsprozess so erfolgreich wahrgenommen hatten. Das System der Parteiendemokratie analog der Bundesrepublik trat nun auch für Ostdeutschland mehr und mehr in Kraft. Frauen mussten sich neu orientieren und in den neuen Strukturen zurechtfinden.

Zu den Feierlichkeiten aus Anlass des 20. Jahrestages des Mauerfalls fragten die Medien dutzende Personen, was dieses Ereignis für sie bedeutete, wie sie es heute sehen und was aus ihrem Leben in den 20 Jahren geworden ist. Für mich war es ein Prozess der Reifung und der Erfahrung. Die Freiheit wurde den Ostdeutschen nicht geschenkt, sie haben wahrlich hart dafür gestritten.

Die Frauenbewegung des Ostens, so wie sie mal entstand, gibt es nicht mehr und kann es nicht mehr geben. Sie hat aber auch über den Einigungsprozess hinaus positive Spuren hinterlassen. Das gilt direkt, indem es durch den Einfluss der Ostfrauen im Prozess der deutschen Einheit gelang, endlich eine mehr oder weniger praktikable Regelung für den Schwangerschaftsabbruch für Gesamtdeutschland zu schaffen. Diese Regelung war hart umkämpft. Das neue Gesetz zur Regelung des Schwangerschaftsabbruchs war letztlich ein Kompromiss zwischen Befürwortern und Gegnern der Fristenregelung. Für westdeutsche Frauen ein Fortschritt, bedeutete die neue Rechtsprechung für ostdeutsche Frauen einen Rückschritt, denn das neue Gesetz lehnte ausdrücklich die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Frau über sich und ihren Körper ab. Die ostdeutsche Gesetzgebung (Fristenregelung) dagegen hatte gerade dieses Recht der Frau gestärkt und damit auch eine alte Forderung der deutschen Frauenbewegung aus den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts erfüllt.

Bestimmt positiv ausgewirkt auf die Entwicklung in Gesamtdeutschland hat sich das Festhalten von Ostfrauen an ihrem Anspruch, ein Recht auf Arbeit zu haben. Vor zwanzig Jahren war das keine Selbstverständlichkeit im bundesdeutschen Alltag. Immer wieder war zu hören, dass die Ostfrauen wesentlich Schuld haben an der hohen Arbeitslosigkeit im Osten. Denn würde sich die „Arbeitsneigung“ der Ostfrauen nur halbieren, so empfahlen Wirtschaftsexperten, hätten wir eine Arbeitslosenrate fast wie in der alten Bundesrepublik. Angegriffen wurden auch das Festhalten an und das zähe Ringen um den Erhalt von Kindergärten und Ganztagsbetreuungseinrichtungen für schulpflichtige

The American Institute for Contemporary German Studies (AICGS)

strengthens the German-American relationship in an evolving Europe and changing world. Affiliated with the Johns Hopkins University, the Institute produces objective and original analyses of developments and trends in Germany, Europe, and the United States; creates new transatlantic networks; and facilitates dialogue among the business, political, and academic communities to manage differences and define and promote common interests.

Through its three program areas (Business & Economics; Foreign & Domestic Policy; and Society, Culture, & Politics), AICGS provides a comprehensive program of public forums, policy studies, research, and study groups designed to enrich the political, corporate, and scholarly constituencies it serves.

AICGS

1755 Massachusetts Ave. NW
Suite 700
Washington, DC 20036
www.aicgs.org

The views expressed in this essay are those of the author alone. They do not necessarily reflect the views of the American Institute for Contemporary German Studies.

Kinder im Osten. Freiheitliche Erziehung erfordere die Erziehung von Kindern ausschließlich in der Familie, Kindergärten würden deformierte Persönlichkeiten hervorbringen usw. Diese Liste der Vorwürfe an Ostfrauen ließe sich ohne Schwierigkeit fortsetzen.

Wie sehr sich das Klima in der Bundesrepublik in den letzten zwanzig Jahren geändert hat, eben auch unter dem Einfluss der ostdeutschen Erfahrungen, sieht man an der heutigen Frauenpolitik. Und das nicht nur auf dem Gebiet politischer Partizipation: die Bundeskanzlerin ist eine Frau, auf Bundestags- und Länderparlamentsebene sind in der Regel inzwischen ein Drittel der Abgeordneten Frauen. Der größte Wandel hat sich meiner Meinung nach jedoch in der öffentlichen Einstellung zur Berufstätigkeit von Müttern und zur Berufsarbeit von Frauen vollzogen. Heute ist es eine konservative Regierung, die Vorschläge zur gerechten Verteilung von Erziehungszeiten für junge Familien macht. Damit liegt die Erziehung der kleinen Kinder nicht mehr nur in der Pflicht der Frau allein, - nein, darüber hinaus ist es erklärtes Ziel, den schnellen und erfolgreichen Wiedereinstieg junger Mütter in die berufliche Laufbahn zu fördern und zu unterstützen. Gleichzeitig damit erhielten die berufstätigen Eltern bzw. die Mütter einen gesetzlichen Anspruch auf einen Kindergartenplatz für ihr Kind ab dem dritten Lebensjahr und dieser Kindergartenplatz ist staatlich aus Steuermitteln subventioniert.

„Die Unzufriedenheit vieler Frauen mit dem Erreichten halte ich für optimistisch“,¹ schrieb einstmalig Maxi Wander, neben Christa Wolf sicher die wichtigste Ikone der ostdeutschen Frauenliteratur. „Konflikte werden uns erst bewusst, wenn wir uns leisten können, sie zu bewältigen. Unsere Lage als Frauen sehen wir differenzierter, seitdem wir die Gelegenheit haben, sie zu verändern.“

Wie wahr. Der Prozess um den 9. November 1989 hat den Ostfrauen Freiheiten, aber auch neue Probleme gebracht. Für mich liegt die existenzielle Erfahrung der Wendezeit wesentlich in der Erfahrung von Freiheit, verstanden auch als Möglichkeit zur Veränderung.

NOTES

1 Maxi Wander. Guten Morgen, du Schöne, Berlin 1980, S. 7/8

Dr. Eva Maleck-Lewy is author and co-author of a number of books and many articles in Women's Studies and History of Women's Movements in Germany. She was guest professor at several American universities, among them The American University, Washington D.C., The Johns Hopkins University, and The University of Connecticut. She teaches in the IES Program at Humboldt-University Berlin.

AICGS is grateful to the Transatlantik-Programm der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland aus Mitteln des European Recovery Program (ERP) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) and the Draeger Foundation for their generous support of this essay.